



Unser Wissen  
für Ihre Entscheidung.

**Offener Brief an**  
**Susanne Henning-Wellsow, Janine Wissler**  
(Bundesvorsitzende der LINKEN)  
**Amira Mohamed-Ali, Dietmar Bartsch**  
(Fraktionsvorsitzende)  
**Kathrin Vogler**  
(Gesundheitspolitische Sprecherin)

Ärztinnen und Ärzte für  
individuelle Impfentscheidung e.V.  
Gneisenaustraße 42  
10961 Berlin

Mail: [info@individuelle-impfentscheidung.de](mailto:info@individuelle-impfentscheidung.de)  
Web: [www.individuelle-impfentscheidung.de](http://www.individuelle-impfentscheidung.de)

## Einrichtungsbezogene und allgemeine Impfpflicht gegen das SARS-Cov-2 Virus

22.2.2022

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

mit großer Verwunderung, nehmen wir zur Kenntnis, dass die LINKE nicht eindeutig Stellung bezieht gegen die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht gegen das Corona-Virus. Mit den von führenden Vertreterinnen und Vertretern Ihrer Fraktion angekündigten Unterstützung einer bußgeldbewehrten Impfpflicht verstoßen Sie gegen Grundprinzipien Ihres eigenen Anspruches, für die „kleinen Leute“ da zu sein: Wer zahlt, soll ja nichts weiter zu befürchten haben. Sie schaffen eine soziale Schieflage ungekannten Ausmaßes und verstoßen zudem gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Uns ist völlig unverständlich, wie Sie es wagen können, die gesamte Bevölkerung auf eine Impfung zu verpflichten, mit der kein nachhaltiger Fremdschutz erreicht werden kann.

Immer wieder werden neue Ziele zur Rechtfertigung der Impfpflicht angeführt: von der Ausrottung des Virus über die Verhinderung der Überlastung des Gesundheitswesens bis zum Schutz vulnerabler Gruppen. Doch keines dieser Ziele liefert nachhaltig die notwendige Begründung einer so massiven Grundrechts-Beschränkung.

Die derzeit vorhanden wissenschaftlichen Fakten stehen dem entgegen:

- Menschen, die eine Booster-Impfung erhalten haben, scheinen nach neusten Zahlen aus dem Vereinigten Königreich sogar leichter infizierbar zu sein als nicht Geimpfte.<sup>1</sup>
- Das Risiko der Übertragung des Virus durch vollständig geimpfte Personen ist bereits nach kurzer Zeit annähernd vergleichbar mit dem Ungeimpfter.<sup>2</sup>

1 <https://www.gov.uk/government/publications/covid-19-vaccine-weekly-surveillance-reports>  
2 z.B. Lyngse FP. SARS-CoV-2 Omicron VOC Transmission in Danish Households. <https://www.medrxiv.org/content/10.1101/2021.12.27.21268278v1>; s. auch unsere Stellungnahme zu den Fragen des Bundesverfassungsgerichtes vom 30.01.2022: [https://downloads.individuelle-impfentscheidung.de/1\\_BvR\\_2649\\_21.pdf](https://downloads.individuelle-impfentscheidung.de/1_BvR_2649_21.pdf)

- Auch bei bisher ungekannt hohen (Test-) Inzidenzen erscheint der stationäre Sektor nicht so belastet, dass von einer eingeschränkten Versorgungssituation gesprochen werden könnte. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft geht nicht von einer ernsthaften Gefahr der Überlastung der Krankenhäuser aus. Wie der Staatssekretär von Herrn Lauterbach, Edgar Franke, in dieser Woche einräumen musste, gab es die Gefahr einer deutschlandweiten Überlastung der Intensivstationen zu keiner Zeit.
- Die einrichtungsbezogene Impfpflicht wird im Gegenteil erst zu einer solchen Gefahr der Überlastung führen. Tausende Krankenschwestern, Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte werden ihren Beruf nicht mehr ausüben können und zahlreiche Stationen werden geschlossen werden müssen. Der Pflegenotstand wird sich dramatisch verschlimmern, zum Leidwesen jener, die vorgeblich geschützt werden sollen.
- Die hohen Inzidenzen sind nur erklärbar dadurch, dass in diese Zahlen auch die positiven Testergebnisse Tausender Geimpfter eingehen, was erneut die geringe Effektivität der Impfung gegen Omikron belegt.

Was bleibt: Die Impfung erhöht den Eigenschutz vor schwerer Erkrankung an COVID und kann bei sehr hohen Hospitalisierungsraten so vielleicht helfen, das Gesundheitssystem zu entlasten. Dies allein dürfte unter den derzeit gegebenen Bedingungen mit einer vergleichsweise durchschnittlichen Belastung der Krankenhäuser allerdings kaum relevant sein. Eine Verpflichtung zum Eingriff in die körperliche Unversehrtheit ist daher völlig unverhältnismäßig.

Nachdem klar ist, dass auch eine zeitnah eingeführte Impfpflicht keine relevanten Auswirkungen auf die Ausbreitung des Omikron-Virus mehr haben wird, lassen Sie verlauten, dass Sie eine Impfpflicht für den Herbst dieses Jahres planen.

**Wissen Sie, welche Virusvariante im Herbst und Winter dominieren wird?**

**Wissen Sie, wie infektiös diese Variante sein wird und wie schwer die Verläufe sein werden?**

**Wissen Sie, mit wievielen Dosen welcher Impfstoffe ein funktionierender, verlässlicher Schutz gegen diese Variante erreichbar ist?**

**Wissen Sie, wie lange ein solcher Schutz anhalten wird und wann eine Wiederholung der Impfung (der Begriff „Booster“ beschönigt diesen Vorgang...) erforderlich ist?**

Die Antwort ist: Nein, das wissen Sie nicht. Und wir wissen es ebenso wenig. Niemand weiß es.



Deswegen erfüllt eine Impfpflicht nicht das verfassungsrechtliche Gebot der Bestimmtheit. Man kann niemanden „ins Blaue hinein“ auf eine Impfung verpflichten, deren Ausmaß, Umfang und Wirkung vollkommen unklar ist.

Legt man vergleichbare Risiken zugrunde – man denke an den Schutz der Bevölkerung vor anderen Infektionen, wie einer mittelschweren Influenza-Epidemie – so wären weitere Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht nur konsequent: Z.B. regelmäßige Pflichtimpfungen gegen alle möglichen ähnlich gefährlichen Infektionskrankheiten für ältere Menschen, jeweils durch elektronische Erfassungssysteme nachgehalten. Die Gesundheitsgefahren, die vom Rauchen oder einen gefährdenden Lebensstil ausgehen, wirken sich bereits seit langem erheblich aus auf die Inanspruchnahme des Gesundheitswesens. Ist das Ihre gesellschaftspolitische Linie, Menschen auch hier zu beschränken oder Ihnen – bei möglicher Belastung des Gesundheitssystems - Rechte an der Art ihrer Lebensführung abzusprechen?

Als Ärztinnen und Ärzte setzen wir uns gerade deshalb für individuelle Impfentscheidungen ein, weil wir aus Erfahrung wissen: Medizinische Entscheidungen in solchen Fragen müssen stets individuelle Entscheidungen sein, wenn sie dem komplexen Phänomen der Gesundheit eines Menschen und seiner individuellen, höchst unterschiedlichen Lebenssituation gerecht werden sollen.

Gesundheit kann nicht erzwungen werden, auch nicht durch Impfungen. Medizinische Maßnahmen, so gut sie auch immer gemeint sind, die den tiefen Überzeugungen von Menschen entgegenstehen, können kontraproduktiv sein. Sie sind das Gegenteil von Empowerment und können schwerste Stressreaktionen auslösen.

Die LINKE betrachtet die Idee der Solidarität als eine entscheidende Klammer des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Vorschnell wird aber Solidarität mit „flächendeckender Impfung“ gleichgesetzt. Hunderttausende Menschen sind tagtäglich konsequent solidarisch, indem sie Abstandsregeln einhalten, Masken tragen und Kontakte reduzieren - allesamt Maßnahmen, die nachweislich das Gesundheitssystem vor Überlastungen schützen. Auch das ist Solidarität, und man darf fragen, ob diese Form nicht mehr zur Bekämpfung der Pandemie beigetragen hat als eine nur sehr begrenzt wirksame Impfung.

Die gleiche Solidarität dürfen aber auch Tausende von Pflegekräften und Krankenhaus-Angestellten erwarten: Sie versuchen täglich mit großer Solidarität, Hingabe, Sorgfalt und Vorsicht, den Kollaps des Gesundheitssystems zu verhindern. Und nun wird durch die Verordnung einer Impfung, die Infektionen nicht zuverlässig verhindert, ihre berufliche Existenz zunichte gemacht. Daß diese Maßnahme mit „Solidarität“ begründet wird, kann in ihren Ohren nur wie Hohn klingen. Wie kann es sein, dass Ihre Partei sich hier nicht klar auf die Seite der beruflich Betroffenen stellt?



Es ist Aufgabe des Staates, durch die Sicherung der Infrastruktur insbesondere im öffentlichen Gesundheitswesen die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass individuelle Freiheitsrechte wahrgenommen werden können. Diese Infrastruktur darf doch gerade aus der Sicht der LINKEN nicht einfach den wirtschaftlichen Akteuren des Marktes überlassen werden. Und erst recht darf der Staat sich nicht einseitig in eine Abhängigkeit von Pharmakonzernen begeben, weil er seine Hausaufgaben nicht gemacht hat.

Wir hoffen sehr, dass die Abgeordneten der LINKEN in den kommenden Debatten einen kritischen Gegenpol bilden gegen eine Kaschierung von staatlichen Versäumnissen durch Beschneidung von Bürgerrechten. Wenn unser Schreiben dazu beiträgt, würden wir uns freuen.

Wir sehen Ihrer zeitnahen Antwort entgegen und stehen für Rückfragen und Gespräche gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
für den Vorstand:

Dr. med. Jost Deerberg  
Nicola Fels  
Michael Friedl  
Dr. med. Ingrid Heimke  
Dr. med. Alexander Konietzky  
Dr. med. Steffen Rabe  
Dr. med. Stefan Schmidt-Troschke